

# Indien setzt WTO-Vertrag aufs Spiel

Der neue Premierminister Narendra Modi verfolgt innenpolitische Absichten

Von Christian Mihatsch, Bangkok

Einen weltweiten Wohlfahrtsgewinn von 1000 Milliarden Dollar soll das Abkommen der Welthandelsorganisation WTO über technische Handelserleichterungen, das TFA, bringen, das letztes Jahr in Bali geschlossen wurde. Doch nun legt sich Indien quer. Die neue Regierung unter Premierminister Narendra Modi weigert sich, das Protokoll zu unterzeichnen, das den Vertrag ins WTO-Regelwerk überführen soll. Delhi fordert per sofort eine permanente Regelung für Indiens Landwirtschaftssubventionen. Das, obwohl man sich in Bali darauf geeinigt hatte, das Problem bis 2017 zu regeln. Bis dann gilt eine temporäre «Friedensklausel», die garantiert, dass kein Land Indien vor der WTO verklagt.

Das Problem ist Indiens Nahrungsmittelprogramm für Arme. 400 Millionen Inder erhalten verbilligte Nahrungsmittel. Dagegen ist aus Sicht der WTO nichts einzuwenden. Aber: Die dafür erforderlichen Nahrungsmittel werden zu überhöhten Preisen bei Bauern eingekauft. Das gilt als Agrarsubvention und ist gemäss WTO-Regeln nur eingeschränkt möglich. Entwicklungsländer dürfen ihre Landwirtschaft höchstens im Umfang von zehn Prozent des Wertes subventionieren. Indien droht diese Schwelle mit seinem Nahrungsmittelprogramm zu überschreiten, insbesondere, da die Schwelle auf Grundlage der Durchschnittspreise der Jahre 1986 bis 1988 berechnet wird, als Nahrungsmittel noch billiger waren. Indien läuft damit Gefahr, von anderen Ländern vor der WTO verklagt zu werden. Das wurde in Bali verhindert.

## Indien gegen den Rest

«Meine Delegation ist der Ansicht, dass die Verabschiedung des Protokolls verschoben werden muss, bis eine permanente Lösung gefunden ist», sagt die indische WTO-Botschafterin Anjali Prasad. Der Kritik Indiens am Abkommen haben sich inzwischen auch Venezuela, Kuba und Bolivien angeschlossen. Die anderen Länder wollen das TFA-Protokoll noch immer verabschieden. Indien habe fast alle gegen sich, die WTO, die Entwicklungsländer, die Industrieländer, Grosse und Kleine, den Süden, den Norden, den Osten und den Westen, sagt ein Vertreter eines Industrielandes.



**Versteckte Agenda.** Anhänger des neu gewählten Narendra Modi in Mumbai. Der Premier könnte seine eher schwache Position auf dem Land verstärken, wenn er sich gegenüber den Weltmächten querlegt. Foto Keystone

In Genf laufen deshalb hektische Verhandlungen, um Indien umzustimmen. Zudem wird der amerikanische Aussenminister John Kerry wohl seinen aktuellen Besuch in Indien nutzen, um das Thema mit Narendra Modi zu besprechen. Den Beteiligten bleibt bis heute Mitternacht Zeit, eine Lösung zu finden. Andernfalls ist die vor Jahresfrist mit dem Vertrag von Bali erreichte Wiederbelebung der 2001 in Doha lancierten Liberalisierungsrunde infrage gestellt. Das Handelsabkommen, das letztes Jahr in Bali abgeschlossen wurde, ist der erste Handelsvertrag seit der WTO-Gründung der WTO 1995. Herzstück des Vertrags sind technische Handelserleichterungen, etwa die Vereinfachung von Zollformalitäten.

Man könne nicht über die Nach-Bali-Agenda reden und das TFA-Abkommen nicht unterzeichnen, sagt Michael Froman, der Chef der US-Dele-

gation. Auch die EU macht sich Sorgen um die Welthandelsorganisation: «Ohne die Verabschiedung des TFA-Abkommens bis am 31. Juli wird die Glaubwürdigkeit der WTO beschädigt, die sich als Brandmauer gegen Protektionismus in der Krise bewährt hat.»

Unklar ist zudem, was sich die indische Regierung von ihrem Vorgehen verspricht. Mit dem Wegfall der «Friedensklausel» riskiert das Land, wegen seiner Subventionen von der WTO bestraft zu werden.

## In der Zwickmühle

Gleichzeitig ist Indien als relativ kleine Handelsnation sehr viel mehr auf das multilaterale Handelssystem der WTO angewiesen als grosse Handels- und Industrienationen wie die USA und China oder wie die Europäische Union. Die USA und die EU verhandeln derzeit über regionale Abkommen, die den

Transpazifik- und Transatlantikhandel stärker liberalisieren sollen.

Aus diesem Grund sagt Pradeep Mehta, der Chef des indischen Konsumentenvereins Cuts: «Wir sind in einer Zwickmühle. Indien ist nicht Teil dieser überregionalen Abkommen. Wenn Bali scheitert, bekommen diese Abkommen Aufwind, und das Beste an der WTO, die Schiedsgerichtsbarkeit, könnte an Bedeutung verlieren.» Einziger Nutzniesser eines Scheiterns des TFA-Abkommens wäre dann Indiens Regierungspartei BJP. Diese ist zwar in den Städten stark, aber auf dem Land eher schwach. Ein Parteivertreter sieht daher Vorteile, wenn die Verhandlungen in Genf scheitern: «Eine kompromisslose Haltung in Genf sendet die Botschaft an Bauern und Arme, dass Modi die Weltmächte herausfordern kann, um die Interessen des ländlichen Indiens zu sichern.»

## Holcim leidet unter der Restrukturierung

Gewinneinbussen beim Zementhersteller

**Jona.** Der Zementhersteller Holcim hat im ersten Halbjahr 2014 unter negativen Währungseffekten und Belastungen aus der Restrukturierung gelitten. Der Gewinn sank um 15 Prozent auf 485 Millionen Franken. Im Vorjahr hatte Holcim allerdings durch den Verkauf einer Beteiligung in Australien einen Zusatzgewinn erzielt. Der Umsatz des vor der Fusion mit dem französischen Konkurrenten Lafarge stehenden Unternehmens sank um sechs Prozent auf 9,06 Milliarden Franken. Der Betriebsgewinn reduzierte sich um acht Prozent auf 962 Millionen Franken.

Das Holcim-Management zeigte sich gestern denn auch mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Die deutliche Aufwertung des Frankens gegenüber fast allen anderen Währungen habe im ersten Halbjahr einen grossen Einfluss gehabt, erklärte Holcim-Konzernchef Bernard Fontana an der Telefonkonferenz zum Halbjahresbericht.

## Gestiegener Absatz

Auf Umsatzbasis hätten die negativen Währungseinflüsse rund 900 Millionen Franken betragen. Derzeit rechnet Holcim nicht mit einer ähnlich hohen Belastung im weiteren Jahresverlauf, so der Unternehmenschef. Den Absatz steigerte Holcim im ersten Semester vor allem in Nordamerika und Afrika. In Nahost sowie in Europa wurden ebenfalls mehr Zement und Zuschlagstoffe verkauft. In Europa profitierte die Bau-

branche vom milden Wetter zu Jahresbeginn. In Asien stabilisierte sich die Marktlage. Der konsolidierte Zementabsatz wuchs damit um 0,7 Prozent auf 207,7 Millionen Tonnen. Die Zuschlagstofflieferungen legten leicht um 0,2 Prozent auf 69,6 Millionen Tonnen zu, wogegen die Transportbetonvolumen um 3,9 Prozent auf 18,1 Millionen Kubikmeter zurückgingen. Holcim geht davon aus, dieses Jahr den Zementabsatz in allen Regionen steigern zu können. Holcim unterschritt mit den gestern veröffentlichten Zahlen die Erwartungen der Analysten bei allen Kennzahlen und der Aktienkurs reagierte entsprechend: Die Aktien sanken bis am Mittag um 5,2 Prozent. Der Gesamtmarkt gemessen am Swiss Market Index (SMI) gab unterdessen nur 0,3 Prozent ab.

Fontana zeigte sich für die Zukunft jedoch optimistisch. «Wir erwarten eine stabile Entwicklung in Europa für den Rest des Jahres», so der Konzernchef. Europa werde weiter von den Restrukturierungen profitieren. Der milde Winter hatte hier zu höherer Aktivität im ersten Quartal geführt und einem entsprechend schwächeren Wachstum im zweiten. Fontana sieht noch Spielraum, um die Fixkosten in Europa zu senken. Derzeit laufe ein Programm, um beim Einkauf Verbesserungen zu erzielen. Restrukturierungskosten seien vor allem in Spanien und Frankreich entstanden. Die positiven Auswirkungen würden sich im kommenden Jahr zeigen. SDA

## Microsoft Schweiz vom Stellenabbau verschont

Verlagerung der Geschäfte hin zu mobilen Diensten

**Zürich.** Die Entlassungswelle bei Microsoft wird die rund 620 Beschäftigten in der Schweiz voraussichtlich nicht betreffen. Sie habe keine Anzeichen aus der Zentrale des US-Konzerns für einen Stellenabbau in der Schweiz, sagte Länderechefin Petra Jenner.

Die vom neuen Konzernchef Satya Nadella ausgegebene Strategie «mobile first, cloud first» wird aber auch in der Schweiz für eine Verlagerung der Geschäfte weg vom PC-Markt und dem PC-Betriebssystem Windows hin zu mobilen Diensten und Rechnerleistungen aus dem Netz sorgen.

An der gestrigen Jahresmedienkonferenz von Microsoft Schweiz in Zürich kämpften die Verantwortlichen denn auch insbesondere gegen die Vorbehalte gegenüber Cloud-Diensten von Konzernen mit Sitz in den USA. Hintergrund sind die Enthüllungen von Edward Snowden über die Ausspähungen des US-Nachrichtendienstes NSA.

Von der Schweiz aus könnten Daten in den beiden europäischen Rechenzentren von Microsoft in Dublin und Amsterdam abgelegt werden, sagte Reto Häni, westeuropäischer Sicherheitschef von Microsoft. Es gebe keine Hintertür für Behörden oder Geheimdienste.

Um dies zu untermauern, hat Microsoft im Februar angekündigt, Regierungsvertretern in Europa erstmals Einblick in den Quellcode seiner Software zu gewähren. Dies wurde laut Häni auch dem Bundesrat offeriert.

Auch amerikanischen Behörden bleibe für den Zugriff auf Cloud-Daten in Europa einzig der Weg über die Anfrage bei den Strafverfolgungsbehörden in Irland und den Niederlanden. Häni betonte, die EU-Datenschutzbestimmungen seien strenger als jene der Schweiz. Über den Zugriff im Ausland streiten sich die US-Behörden und Microsoft allerdings vor Gericht.

## Schweiz gut im Rennen

Häni und Jenner verwiesen darauf, dass die Vorbehalte gegenüber Cloud-Diensten im Widerspruch zu laschen Sicherheitsvorkehrungen von Anwendern bei E-Mail-Plattformen, Kalender- und Datenaustauschprogrammen stünden. Die Gefahr der Cyberkriminalität werde in der Schweiz unterschätzt. Microsoft sieht hier ein gutes Geschäft und investiert stark in Datensicherheit.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr 2013/2014 hat Microsoft vergangene Woche einen leichten Gewinnanstieg auf 22,1 Milliarden Dollar gemeldet. Das zugekaufte Handygeschäft von Nokia verbuchte im Schlussquartal allerdings einen operativen Verlust von 692 Millionen Dollar. Konzernchef Nadella hat den Abbau von bis zu 18000 von 127000 Stellen angekündigt. Geschäftszahlen zur Schweiz weist Microsoft nicht aus. Die Schweiz sei trotz der rasanten Entwicklung von Schwellenländern unverändert der vierzehntgrösste Markt von weltweit 168 Niederlassungen. SDA

## Nachrichten

### Deutschland mit sehr tiefer Teuerung

**Wiesbaden.** Sinkende Energiepreise haben die Inflation in Deutschland im Juli auf den niedrigsten Stand seit mehr als vier Jahren gedrückt. Die jährliche Teuerungsrate lag bei 0,8 Prozent, wie das Statistische Bundesamt gestern nach vorläufigen Zahlen in Wiesbaden (Hessen) mitteilte. Eine niedrigere Rate gab es zuletzt im Februar 2010 mit 0,5 Prozent. SDA

### Kering kauft Schweizer Uhrenfirma Ulysse Nardin

**Le Locle /Paris.** Die französische Luxusgütergruppe Kering (ehemals PPR) übernimmt zu 100 Prozent die Schweizer Uhrenfirma Ulysse Nardin. Das Unternehmen mit Sitz im neuburgischen Le Locle ist eine der letzten unabhängigen Uhrenmanufakturen der Schweiz. Mit der Akquisition soll das Luxussegment mit Uhren und Schmuck gestärkt werden, teilte Kering gestern mit. Ulysse Nardin bringe neue Wachstumsmöglichkeiten insbesondere in Asien, wo die Uhrenmarke bereits stark vertreten ist. SDA

### Weniger neue Stellen in den USA als erwartet

**New York.** Die US-Firmen haben im Juli etwas weniger Stellen geschaffen als erwartet. Die Zahl stieg um 218000, wie der private Arbeitsvermittler ADP gestern mitteilte. Ökonomen hatten ein Plus von 230000 erwartet. Der Arbeitsmarktbericht der Regierung wird morgen erwartet. Ökonomen sagen hier für Juli zusätzliche Stellen in Höhe von 233000 voraus. Hier fliessen auch die Beschäftigungszahlen aus dem staatlichen Sektor ein. SDA

### Bayer kann sich nur wenig steigern

**Frankfurt.** Der starke Euro entwickelt sich für den deutschen Chemie- und Pharmakonzern Bayer immer mehr zum Bremsklotz. Trotz kräftiger Nachfrage nach neuen Medikamenten und Pflanzenschutzmitteln legten Umsatz und operativer Gewinn im zweiten Quartal nur wenig zu. Bayer setzte von April bis Juni 10,46 Milliarden Euro um, was einem Wachstum von 0,9 Prozent entspricht. Bereinigt um Währungseffekte sowie um Zu- und Verkäufe hätte der Anstieg 6,3 Prozent betragen. SDA

## Gespräche in letzter Sekunde

Argentinien läuft bei der Abwehr der Staatspleite die Zeit davon

**New York/Buenos Aires.** Argentinien versucht in letzter Minute eine erneute Staatspleite zu verhindern. Wenige Stunden vor Ablauf der Frist im Schuldenstreit zwischen Argentinien und mehreren Hedgefonds trafen sich Vertreter beider Seiten am Dienstagabend erstmals zu direkten Verhandlungen.

Überraschend kam auch Argentinien's Wirtschaftsminister Axel Kicillof nach New York und schaltete sich ein. Bei dem Gespräch habe es aber keine Einigung gegeben, sagte der von einem US-Gericht bestellte Schlichter Daniel Pollack. Den Südamerikanern bleibt nur noch bis Mitternacht in New York Zeit, um sich mit den Fonds zu einigen.

Die Regierung in Buenos Aires weigert sich bislang, den Hedgefonds die von einem New Yorker Gericht zugesprochenen 1,33 Milliarden Dollar plus Zinsen auszusahlen. Die Fonds hatten die Anleihen mit einem kräftigen Preisnachlass erworben, einen Schuldenschnitt nicht mitgemacht und dann auf volle Auszahlung geklagt. Mit der Mehrzahl der Gläubiger hatte sich Argentinien dagegen arrangiert und damit die Krise zwischenzeitlich entschärft. Verstreicht die Frist ungenutzt, wird Argentinien als zahlungsunfähig eingestuft. Bereits 2002 musste das Land infolge einer Wirtschaftskrise die Zahlungsunfähigkeit erklären.

Zum ersten Mal seit drei Wochen liess sich Kicillof beim Schlichter in New York blicken. Das nährte an den Märkten Hoffnungen auf eine Einigung. SDA